

Dieter Boris

Das Scheitern neoliberaler Politik in Mexiko (1982 - 1994)

1. Ausgangspunkte und Fragestellung

Bis Weihnachten 1994 schien Mexiko ein politisch und ökonomisch vielversprechendes Schwellenland zu sein, das mit Inkrafttreten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) am 1.1.1994 und mit der Aufnahme in die OECD (April 1994) gerade im Begriff war, in die »Erste Welt« einzutreten. Zwar waren schon seit Jahresbeginn mit dem bäuerlich-indigenen Aufstand in Chiapas, den Morden an dem Präsidentschaftskandidaten Luis Donaldo Colosio und dem Generalsekretär der langjährig regierenden »Staats«-Partei PRI (»Partei der Institutionalisierten Revolution«) José Francisco Ruiz Massieu sowie mit einigen spektakulären Entführungsfällen von führenden Unternehmern des Landes einige Risse an der sprichwörtlichen politischen Stabilität sichtbar geworden; doch der Ausgang der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 21. August 1994 schien jene zu bestätigen, die zuversichtlich in die Zukunft sahen: Hatte doch die »staatstragende« Partei mit ihrem neuen Präsidentschaftskandidaten Ernesto Zedillo mit ca. 50% der Stimmen ein überraschend gutes Ergebnis erzielt und dies bei relativ korrektem Ablauf des Wahlvorgangs selbst und bei ziemlich hoher Wahlbeteiligung von ca. 78% (Couffignal 1994). Zedillo hatte die Fortsetzung der anscheinend erfolgreichen neoliberalen Wirtschaftspolitik in Aussicht gestellt, zugleich aber eine bedeutende sozialpolitische Korrektur (im Gesundheits- und Erziehungswesen, bezüglich der Reallöhne, der Arbeitsplatzschaffung etc.) für notwendig erachtet und schließlich die energische Fortsetzung der »Politischen Reform« (Liberalisierung des Wahlrechts, Ausbau des Rechtsstaats etc.) versprochen.

Mit dem »Ausbruch« der Währungs- und Finanzkrise seit dem 19. Dezember 1994 und ihren verschiedenen Konsequenzen sind all diese Hoffnungen zunichte gemacht worden. Mit der Abwertung des Peso um ca. 60%, dem Sturz der Aktienkurse von ca. 2800 auf etwa 1500 Indexpunkte, der Flucht einheimischen und ausländischen Geldkapitals, dem Hochschnellen des Leitzinssatzes auf über 50%, dem Fälligwerden kurzfristiger, auf US-Dollar lautender staatlicher Schuldtitel in der Höhe von etwa 28 Mrd. Dollar sind einige Elemente der aktuellen Krise benannt, die die heftige inländische wie auch internationale Reaktion mit erklären können. Trotz

des auf Initiative von US-Präsident Clinton zustande gekommenen »größzügigen« Hilfspakets von ca. 50 Mrd. Dollar und der Ankündigung einer erneuten Austeritätspolitik (mit Haushaltskürzungen, Lohneinschränkungen, Zinserhöhungen und weiteren Privatisierungen etc.) wird Mexiko an einem Minuswachstum für 1995, einer Inflationsrate von 30 - 40%, weiterer Kapitalflucht und an einer Verschlechterung der allgemeinen sozialen Situation nicht vorbeikommen.

Die mexikanische Krise von 1994/95 und die Reaktion darauf wirft zunächst die Frage auf, wieso diese tiefe Krise so überraschend eintreten konnte. Die Mehrheit der Wirtschaftskommentatoren, vor allem auch hierzulande, ging in der aktuell herrschenden Markteuphorie anscheinend der offiziellen Propaganda der mexikanischen Regierung und des Internationalen Währungsfonds (IWF) allzu bereitwillig auf den Leim. Man lese einmal die ökonomischen »Analysen« der neoliberalen Wirtschaftspolitik sowohl von wissenschaftlicher wie auch von wirtschaftsjournalistischer Seite von 1982/83 bis Ende 1994 nach! In Anbetracht der Ausstrahlung der mexikanischen Krise auf ganz Lateinamerika, Ostasien und - vermittelt über den fallenden Dollarkurs - sogar auf Europa stellt sich auch die von Michel Camdessus, dem Geschäftsführenden Direktor des IWF, zugespitzte Frage nach zukünftigen Krisen in global vernetzten Finanzmärkten. Auch die ganz unkonventionelle Reaktion der US-Regierung und des IWF auf die mexikanische Krise, die zu einem Hilfspaket geführt haben, zeigen, daß hier neue Widersprüche und Gegensätze zwischen den USA und den Europäern aufgetaucht sind. Solche Facetten der mexikanischen Krise sollen in diesem Artikel weitgehend vernachlässigt werden, stattdessen wird der Frage nachgegangen, ob die neoliberalen Strukturreformen die mexikanische Ökonomie tatsächlich stabiler, stärker und weniger krisenanfällig gemacht haben, oder ob die durch die neoliberale Strategie bewirkten Veränderungen nur relativ oberflächlich waren und zudem neue Schwachstellen hervorgebracht haben, die den schweren Rückschlag weniger überraschend erscheinen lassen. Zugespitzt formuliert: Steht die neoliberale Politik, die über zwölf Jahre in besonders rigoroser Form in Mexiko durchgeführt wurde, vor einem Scherbenhaufen, ist sie in ihren wesentlichen Grundlagen und ihren strukturellen Zusammenhängen als definitiv gescheitert zu betrachten, oder handelt es sich bei dem gegenwärtigen Kollaps um ein unglückliches, zufälliges Zusammentreffen von negativen Faktoren und Ereignissen (vielleicht auch von technischen Fehlern in der Umsetzung der Wirtschaftspolitik), die bald überwunden werden können, da es sich bei der mexikanischen Wirtschaft um eine im Kern »gesunde« Ökonomie handelt, die bald ihren »Wirtschaftswunder-Kurs« fortsetzen kann.

Der mexikanische Fall hat paradigmatische Bedeutung, weil Mexiko in

mehrfacher Hinsicht als neoliberales Modell für ganz Lateinamerika galt; dort wurden die neoliberalen Reformen am konsequentesten durchgeführt. Aber auch weil in Mexiko besonders günstige Bedingungen für das Gelingen dieser wirtschaftspolitischen Strategie gegeben waren: im Gefolge der Brady-Initiative kam es seitens der USA zu Erleichterungen des mexikanischen Schuldendienstes, infolge des NAFTA-Abkommens konnte Mexiko leichter Zugang zum US-amerikanischen Markt finden, und schließlich gab es noch eine Reihe bilateraler und multilateraler Unterstützungsmaßnahmen. Als besonders günstige interne Bedingung kann das immer noch effektive Funktionieren korporativistischer Mechanismen gesehen werden, die garantierten, daß eine harte und langandauernde Austeritätspolitik ohne größere soziale und politische Turbulenzen von der Bevölkerung hingenommen wurde.

Im folgenden wird zunächst die Wirtschaftspolitik der Präsidentschaftsperioden von Miguel de la Madrid (1982 - 1988) (2) und von Salinas de Gortari (1988 - 1994) (3) behandelt; danach werden die Auswirkungen dieser Politik auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung untersucht (4), um dann die zentralen Antinomien neoliberaler Strukturanpassungspolitik in Mexiko darzustellen (5).

2. Beginn der neoliberalen Strukturanpassung unter Miguel de la Madrid (1982 - 1988)

In den beiden Sexenien, die der Präsidentschaft von Miguel de la Madrid vorausgegangen waren (1970 - 1982), hatten sich die grundlegenden ökonomischen Probleme (Haushaltsdefizit, Leistungsbilanzdefizit, Inflation, Außenverschuldung etc.) bereits deutlich abgezeichnet. Während das Sexenium von Luis Echeverría (1970 - 1976) als »neopopulistisch« qualifiziert wurde, ist die Ära von José López Portillo (1976 - 1982) nicht selten mit dem Begriff des »Neokorporativismus« belegt worden, wobei hiermit vor allem gemeint ist, daß auf der Basis der in diese Periode fallenden Erdöl-Bonanza eine klassenübergreifende Zusammenfassung der gegensätzlichen gesellschaftlichen Großgruppen einigermaßen effektiv vollzogen werden konnte (Quiros Peréz; Gutierrez Herrera 1992, 277ff.).

Mit der Erklärung der Zahlungsunfähigkeit gegenüber den ausländischen Gläubigern - im August 1982 - wurde nicht nur die langandauernde Krise in Mexiko eingeleitet, sondern auch mit einem Paukenschlag die akute Phase der Verschuldungskrise der Länder der Dritten Welt eröffnet. Die noch von López Portillo ergriffenen Sofortmaßnahmen (Nationalisierung des Bankensystems, Einbringung von Überbrückungskrediten von Seiten der Nachbarländer etc.) hatten bestenfalls kurzfristige Wirkungen. Die

Regierungsperiode von Miguel de la Madrid zieht nach anfänglichem Zögern eine klare Konsequenz aus dem anscheinend grundlegenden Scheitern der bisherigen Entwicklungsstrategie, die im wesentlichen auf Importsubstitution und Industrialisierung, Protektionismus, breitem Staatsinterventionismus und populistischer Befriedigung von Massenansprüchen basierte. Mit Blick auf die gleichzeitigen internationalen Tendenzen der Öffnung der Märkte und der Deregulierung (vor allem in den USA unter Ronald Reagan und in Großbritannien unter Margaret Thatcher) meinten relevante Teile der mexikanischen Regierung und der maßgeblichen Fraktionen der Bourgeoisie sich diesem Trend nicht länger verschließen zu können; die enorme Verschuldung und die damit verstärkte Abhängigkeit von externen Gläubigern und dem IWF schien keine andere Alternative zuzulassen. Aus diesen Gründen wird nach außen der Weg der intensivierten, »subordinierten Integration« (Frambes-Buxeda) und nach innen derjenige der Deregulierung und Liberalisierung beschritten.

Die Austeritätspolitik der Regierung de la Madrids enthielt einerseits ein »Sofortprogramm zur wirtschaftlichen Neuordnung«, welches klassische Elemente der Stabilitätspolitik zum Inhalt hatte: Haushaltskürzung um 20%, Lohnstopp bzw. Reallohnsenkung, Steuer- und Tarifierhöhung; andererseits wurde schon relativ früh auch eine mittel- und längerfristige Umstrukturierung der gesamten Ökonomie in Richtung auf Deregulierung und Weltmarktöffnung angezielt; das Schlagwort von der »reconversión industrial« (der industriellen Umstrukturierung) und der Notwendigkeit der Modernisierung und Produktivitätssteigerung im gesamten Produktionsapparat wurde bereits zu Beginn dieses Sexeniums geprägt. Nach einer nochmaligen Abwertung des Peso im Dezember 1982 (schon im Februar 1982 war eine starke Abwertung erfolgt) und einer Zinserhöhung kam es zu einer Vereinbarung mit dem IWF, in der sich die Regierung verpflichtete, eine gestaffelte Reduktion der Inflationsrate und des Haushaltsdefizits in den nächsten drei Jahren zu erreichen. Die für den Schuldendienst notwendigen Handelsbilanzüberschüsse wurden durch rigide Importdrosselung in den ersten Jahren der Präsidentschaft Miguel de la Madrids tatsächlich erreicht. Ohne auf Einzelheiten in der Veränderung der Inflationsbekämpfungspolitik und des Wechselkursmanagements hier einzugehen (dazu Fürst 1992, 35ff.), kann festgehalten werden, daß es bald zu einem Gegensatz zwischen dem kurzfristig angelegten Sofortprogramm (PIRE) und dem längerfristigen Strukturanpassungsansatz (PND) kam. Der in dieser Hinsicht orthodoxe Ansatz der mexikanischen Zentralbank bezüglich der Wechselkurspolitik führte zum Teufelskreis von sich gegenseitig verstärkenden Prozessen einer Abwertungs-Lohn-Preis-Spirale und einer Abwertungs-Kapitalflucht-Zins-Spirale. Hohe Abwertungen stimulierten per se

die Inflation sowie die damit geschürte weitere Abwertungserwartung und die Kapitalflucht; um diese zu konterkarieren oder abzuschwächen, wurde eine interne Hochzinspolitik betrieben, die ihrerseits die Preisspirale anheizte und produktive Investitionen hemmte. Damit wurde die Belastung der öffentlichen Haushalte durch die laufenden, schon allein infolge interner Verschuldung explosiv ansteigenden Zinszahlungen (zusätzlich zu dem sich aus der Bedienung der Auslandsschuld ergebenden Zinsdienst) derart hoch, daß fiskalpolitisch auf eher inflationsstimulierende Maßnahmen wie Tariferhöhungen und Subventionsstreichungen zurückgegriffen werden mußte. Dies waren wesentliche Gründe dafür, daß das zentrale Ziel der Inflationssenkung in Mexiko während der gesamten 80er Jahre, vor allem bis zum Regierungsantritt von Salinas de Gortari, nicht erreicht werden konnte.

Mit dem »Programa de Aliento y Crecimiento« (PAC) für 1986/87, das unter dem Einfluß des Baker-Plans und des erneuten Erdölpreisschocks von 1985/86 konzipiert und dem wachstumskonformerem IWF-Abkommen vom Juli 1986 zugrunde lag, war auf der offiziellen Ebene eine Wende der Diagnose und Therapie der Inflationsursachen vollzogen worden. Anstatt der bisher dominanten These einer Übernachfrage wurden jetzt eher neostrukturalistisch fundierte Cost-Push-Argumente (insbesondere Import- und Zinskostensteigerungen infolge Abwertung und interner Staatsverschuldung), erwartungsbedingte Trägheitsmomente sowie partiell die oben thematisierten geldwirtschaftlichen »Teufelskreisläufe« als Ursachen der Inflation in den Vordergrund gestellt. Dieser analytischen Umorientierung standen allerdings in den Jahren 1986/87 auf der realpolitischen Ebene keine radikalen Veränderungen zur Seite. Vielmehr wurden weiter überwiegend konventionelle preisstabilisierende Instrumente eingesetzt, wie z. B. die Korrektur der Struktur relativer Preise, die Sanierung der öffentlichen Finanzen, die Reduzierung des abwertungs- und zinsbedingten Kostendrucks sowie die Fortführung der Öffnung der mexikanischen Ökonomie. Hier ist vor allem das radikale Zollsenkungsprogramm der Regierung seit 1985 zu erwähnen und damit im Zusammenhang der bislang immer wieder verschobene Eintritt Mexikos in das GATT im Jahre 1986.

Im Zeichen heranrückender Präsidentschafts- und Parlamentswahlen (Juli 1988) wurde eine konsequentere Antiinflationsstrategie erforderlich, auch wenn sie von der bis dahin als wirksam erachteten Orthodoxie bestimmte Abstriche vornahm. Die Notbremse war der seit seiner Verkündung im Dezember 1987 im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Debatte stehende »Pacto de Solidaridad Económica« (PSE), dessen wichtigste Maßnahme - ein spektakulärer Lohn- und Preisstopp - im Zeichen der Stabilisierungsansätze heterogenen Zuschnitts in Argentinien, Brasilien und Peru

in der Mitte der 80er Jahre stand. Der PSE zeichnete sich durch eine Verknüpfung von orthodoxen mit heterodoxen Komponenten einer antiinflationären Fiskal-, Zins-, Wechselkurs- und Einkommenspolitik aus:

»Die orthodoxen Maßnahmen bezogen sich zum einen auf die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen zur Herstellung eines primären Budgetüberschusses, um damit sukzessive die von staatlicher Defizitfinanzierung induzierte Hochzinspolitik herunterzufahren. Zum anderen setzten sie auf die vertiefte Öffnung zum Weltmarkt qua Festsetzung eines niedrigen Einheitszolls von maximal 20% und Eliminierung quantitativer Importkontrollen, um damit Importwaren zu verbilligen und insgesamt die interne Preisfestsetzung an niedrigeren Weltmarktpreisen auszurichten. Die heterodoxen Elemente betrafen einerseits die politisch fundierte Desindexierung der Schlüsselpreise durch weitgehende Einfrierung der Löhne, der Preise und Tarife für öffentliche Güter und Dienstleistungen, der Endpreise für die unter Kontrolle des PSE fallenden Waren und (teilweise) der staatlich regulierbaren Zinssätze. Andererseits wurden sie sichtbar in der 1988 sich explizit auf Inflationsbekämpfung ausrichtenden Umfunktionalisierung der Währungspolitik, indem der Fixierung des Wechselkurses unter Hinnahme des Verlusts exportbegünstigender Unterbewertungsmargen der Vorzug gegeben wurde.« (Fürst 1992, 42f.).

Das Sexenium Miguel de la Madrids hat ökonomisch zweifellos eine so negative Bilanz aufzuweisen, wie sie das Land zuletzt nur in den Wirren der Revolution kennengelernt hatte: Die über die gesamte 6-Jahres-Periode hinweg gerechnete durchschnittliche jährliche Entwicklung des BIP muß sogar als leicht negativ gelten, was eine Reduktion des Pro-Kopf-Einkommens um ca. 15% bedeutete; die industrielle Produktion war 1988 um 25% niedriger als 1982. Die Inflationsraten dagegen stiegen von Jahr zu Jahr an, zeitweise sogar auf über 100%, die Investitionen, die öffentlichen und noch mehr die privaten, schrumpften stark zusammen; dem korrespondierte ein Anstieg der offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit und ein Reallohnverfall, der das Land um mehr als 20 Jahre zurückwarf (vgl. dazu Boris 1990, 330ff.). Die strenge Austeritätspolitik, verbunden mit einer mittelfristig angelegten Modernisierungs- und Liberalisierungsstrategie, die eine stärkere Weltmarktöffnung und eine Umstrukturierung des Produktionsapparats zum Ziel hatte, führte zu keiner Besserung, weil sie nur teilweise gelang und zudem in vielen Bereichen neue Widersprüche hervorrief, die die Durchführung dieser Strategie konterkarierten.

Die Tiefe und die lange Dauer der Krise, die aus den erwähnten Widerspruchsmomenten resultierte, war schließlich vor allem deshalb so schwer zu überwinden, weil zum einen die Last der Schuldenkrise einen Neuanfang praktisch ausschloß. Mexiko zahlte während der 6 Regierungsjahre Miguel de la Madrids ca. 60 Mrd. Dollar an Schuldendienst (trotz aller Umschuldungen und Zahlungserleichterungen), gleichzeitig stieg die Gesamtverschuldung sogar um ca. 15 Milliarden (auf etwa 105 Mrd. Dollar) an. Der Nettoressourcentransfer Mexikos betrug in dieser Periode zwischen 6 und 10 Mrd. Dollar jährlich (was einer Relation von 3 - 5,6% des Sozialprodukts entsprach) (Sangmeister 1992, 190ff.). Die Unmöglichkeit,

die Schuldenkrise auf konventionelle Weise zu lösen und eine Umstrukturierung des Produktionsapparats ohne nennenswertes Investitionskapital vornehmen zu können, wurde immer offenkundiger. Zum zweiten ist das Rekonversionsprojekt der Regierung Miguel de la Madrids in sich widersprüchlich und kontraproduktiv gewesen: Eine Strategie der Steigerung der Exporte bei gleichzeitigem Preisverfall und Rückgang industrieller Exportmöglichkeiten infolge von Rezession und Protektionismus in zahlreichen entwickelten kapitalistischen Ländern mußte fragwürdig bleiben; eine Politik der Begünstigung und Anziehung von Auslandskapital muß natürlich nicht nur mit den damit verbundenen Deformationen und Defiziten rechnen, sondern sich auch der Tatsache bewußt werden, daß eine solche Politik wenig erfolversprechend sein konnte angesichts der Dauerdepression und tendenziellen Austrocknung des Binnenmarktes. Freilich wurde die Hypothek der Wirtschaftspolitik de la Madrids und ihrer Widersprüche zusätzlich durch äußere und zum Teil zufällige Ereignisse (Erdbeben, Weltmarktschwäche, Zinsanstieg in den USA, anhaltende Kapitalflucht etc.) noch drückender.

Politisch schlug sich diese Konstellation in einem weiteren Legitimationsverfall der Regierung und in fortschreitender Technokratisierung der Politikformen nieder; die Wahlenthaltung und Lethargie der Massen einerseits und die sich häufenden Auseinandersetzungen um regionale Wahlergebnisse andererseits waren deutliche Anzeichen für den enormen Prestigeverlust des PRI-Regimes; das seit der Regierungszeit Echeverría wieder offene und offensivere Auftreten der Kapitalverbände, die Profilierung des rechtskonservativen PAN (Partei der Nationalen Aktion) als zunächst wichtigste Oppositionspartei zur PRI sowie die relative Abwesenheit sozialer Bewegungen von Gewerkschaften, Stadtteilgruppen und Campesinos - sieht man von einzelnen, zumeist nur zeitweisen, Ausnahmen ab - prägten das Gesamtpanorama für eine lange Zeit. Erst in den beiden letzten Jahren des Sexeniums - 1987/88 - hat sich eine linke Opposition um die »Frente Democrático Nacional« (FDN) unter Cuauthémoc Cárdenas (der zunächst eine »demokratische Strömung« innerhalb der PRI begründet hatte) gebildet. Ihr Wahlerfolg bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Juli 1988 - von den »PRI-Wahlalchemisten« wurden ihr schließlich nach längerem hin und her 31% der Stimmen zugeteilt - wurde allenthalben als Anfang vom Ende des spezifisch mexikanischen autoritären Regimes angesehen. Erstaunlicherweise konnte die neue Regierung von Salinas de Gortari (trotz ihres »Geburtsfehlers« in Gestalt massiven Wahlbetrugs) aber sowohl auf ökonomischem wie auf politischem Feld zunächst bedeutende Terraingewinne erzielen.

3. Fortsetzung und Intensivierung der Anpassungspolitik unter Salinas de Gortari (1988 - 1994)

Die starke Kontinuität der Strukturanpassungspolitik Miguel de la Madrids und Salinas de Gortaris wird nicht nur durch die Tatsache unterstrichen, daß Salinas Planungsminister unter Miguel de la Madrid war und wesentlich für die Stabilisierungspolitik verantwortlich gewesen ist, sondern auch dadurch, daß bestimmte Politiken innerhalb der Strukturanpassungskonzeption während beider Regierungsperioden wirksam gewesen sind. Im Dezember 1988 wurde mit der Regierungsübernahme des neuen Präsidenten - mit Ausnahme der Einführung der täglichen Miniabwertungen um 1 Peso - ein ähnlicher Stabilisierungspakt unter dem neuen Namen »Pacto para el Crecimiento Económico y Estabilidad« (PCEE) abgeschlossen, der in den folgenden Jahren mehrfach - unter leichten Variationen einzelner Bestandteile - verlängert wurde. Diese Pakte führten - bei sukzessivem Abbau des Preis- und Lohnstopps -, begleitet von einer strikten Einhaltung konsolidierter Finanzpolitik, trotz markanter Zinssteigerungen zu beachtlichen Ergebnissen: So fiel die monatliche Inflationsrate, die als Ergebnis der anfänglichen Abwertungen und Preiskorrekturen im Januar noch knapp 16% betrug, im April schon auf 3% und pendelte sich in den folgenden drei Monaten bei rund 2% ein; das führte dazu, daß die gesamte Inflationsrate im Jahre 1988 mit knapp 52% deutlich die niedrigste seit 1982 wurde.

Dem Ziel der Reduktion der Inflationsrate schienen im Sexenium Salinas de Gortaris alle anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen untergeordnet zu werden. In unterschiedlichem Ausmaß hat sowohl die Politik in Richtung Ausgleich der öffentlichen Haushalte wie die Politik der Schuldenreduktion und damit der Verringerung der Zinszahlungen, die Wechselkursfixierung und die verstärkte Außenöffnung dazu beigetragen, daß die Inflationsrate von Jahr zu Jahr sank und 1993/94 sogar einstellige Werte erreichte. Innerhalb dieser Politikfelder sind Einzelmaßnahmen zu betrachten, die den Erfolg der Wirtschafts- und Finanzpolitik in dem jeweiligen Sektor erst erklärbar machen. Zum Beispiel kann die Haushaltskonsolidierung - 1991 und 1992 wurden sogar Überschüsse erreicht (Ortiz Wadgymar 1994, 123) - nur dadurch erklärt werden, daß a) eine Steuerreform die staatlichen Einnahmen - zumindest absolut - wachsen ließ, b) die Zinsbelastung durch die Schuldenreduktion zeitweise sank und c) die Verkäufe öffentlicher Unternehmen zusätzliche Einkünfte brachten (ca. 23 Mrd. Dollar), die außer für den Sozialhaushalt auch zur Schuldenreduktion eingesetzt wurden.

Die Steuerreform Salinas de Gortaris umfaßte im wesentlichen drei Elemente: Erstens eine Kapitalanlagensteuer von 2%, die für die großen Kapi-

tale kaum ins Gewicht fiel, doch erheblichen Widerstand bei kleinen und mittleren Unternehmern hervorrief. Mit Blick auf das NAFTA-Projekt ging die Einführung dieser geringen Kapitalanlagesteuer, die im übrigen weniger Umgehungsmöglichkeiten bietet als eine Ertrags- oder Umsatzsteuer, einher mit der Senkung von Einkommens- und Unternehmenssteuern. Zweitens die Abschaffung gewisser Vergünstigungen der Selbständigen. Dies betrifft ca. 1,5 Millionen Firmen und ca. 17% aller Mexikaner, die als Selbständige (Freiberufler, Künstler, Handwerker, selbständige Campesinos etc.) bislang keine Unternehmenssteuern zu zahlen hatten. Drittens die Erhöhung der Strafen für Steuerhinterziehung und die Verbesserung der Steuerverwaltung und -eintreibung. - Trotz teilweise scharfer Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und einzelnen Unternehmerverbänden, die die Salinas-Administration sogar des »fiskalischen Terrorismus« bezichtigten, wurden dadurch die ansonsten guten und engen Beziehungen zwischen der Regierung und der Unternehmerschaft offenbar nicht ernsthaft gefährdet (Elizondo 1994).

Zentrales Charakteristikum der Reform des Finanz-, Kredit- und Bankensektors in der Regierungsperiode von Salinas de Gortari war der Rückzug des Staates auch aus dieser Sphäre. Dies bedeutete für Mexiko einmal die Reprivatisierung der Banken (die von López Portillo 1982 weitgehend verstaatlicht worden waren) und eine Vereinheitlichung der Kreditgewährung im Sinne der ausschließlichen Zuständigkeit kommerzieller Banken. Das heißt, daß viele staatlich kontrollierte Banken mit besonderen Zielsetzungen (z. B. die Ländliche Entwicklungsbank, die Fischereibank etc.) in ihrer Bedeutung reduziert oder in rein kommerzielle Banken transformiert wurden. Dies bedeutete, daß Kleinproduzenten, die bisher Chancen auf staatlich bezuschußte Kredite mit niedrigem Zinssatz hatten, jetzt zunehmend auf normale Banken - mit den für sie unerschwinglichen Zinssätzen - angewiesen waren.

Die Reprivatisierung der Banken wurde zwar unter Miguel de la Madrid eingeleitet und vielfach angekündigt, aber definitiv erst unter Salinas de Gortari in den Jahren 1991 und 1992 vollzogen; dies scheint möglicherweise kein Zufall zu sein, da gerade aufgrund der Passivierung der Handelsbilanz die Anziehung zusätzlichen Geldkapitals besonders notwendig wurde. Die Privatisierung der 18 größten Kreditinstitute des Landes brachte der Regierung fast 13 Mrd. Dollar ein, was ein Vielfaches dessen bedeutete, was die Regierung 1982 zur Abfindung der ehemaligen Besitzer ausgegeben hatte; die Preise der jeweiligen Banken machten durchschnittlich das dreifache ihres Buchwertes bzw. das fast fünfzehnfache ihrer bisher erzielten Gewinne aus. Ausländer waren vom Erwerb der mexikanischen Banken durch unattraktive Bedingungen ausgeschlossen worden.

Durch die Modalitäten des Verkaufs kam es zu einer weiteren industriell-finanziellen Konzentration von Reichtum und Finanzmacht in den Händen der großen Finanzgruppen. »Dreizehn Banken wurden von sog. 'Grupos Financieros' erworben, hinter denen jeweils ein Konglomerat aus Industriefirmen, Versicherungsgesellschaften, Börseninstituten und Immobilienfonds steht.« (FAZ v. 9.7.1992).

Die durch eine äußerst restriktive Geldpolitik der öffentlichen Hand bedingte hohe Zinsrate in Mexiko soll u.a. ausländisches Geldkapital anziehen und geflüchtetes Kapital wieder zurückholen. Allerdings schafft dieses extrem hohe Zinsniveau für einheimische Industrien große Probleme, da sie kaum mit den US-Industrien der gleichen Branche konkurrieren können. Während die US-Industrien Kredite zu einer Zinsrate von 5% etwa erhalten, müssen mexikanische Industrieunternehmen etwa 36 - 38% Zinsen entrichten. US-Investoren in Finanzanlagen in Mexiko erhalten dort einen 272% höheren Ertrag als sie in den USA erhalten würden. Die Nutznießer dieser Politik sind die großen Industrien und Dienstleistungs- bzw. Handelskonglomerate. Ein verhängnisvoller Zirkel für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist mit dieser Geldpolitik und dem entsprechenden Zinsniveau verbunden: Die hohen Zinsen können nicht reduziert werden, wenn Kapital von außen angelockt bzw. Fluchtkapital zurückgeholt werden soll; aber hohe Zinsen können leicht zu einer real-ökonomischen Stagnation führen, da Investitionen über Anleihen fast unmöglich sind. Auch die in Mexiko traditionell hohe Differenz zwischen Haben- und Sollzinsen (ca. 25%) wurde bislang durch die Re-Privatisierung und die angekündigte Öffnung gegenüber ausländischen Banken noch nicht nennenswert reduziert.

Die Fortsetzung der außenwirtschaftlichen Öffnung unter Salinas de Gortari wurde vor allem durch den Beitritt zur Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) - die Verhandlungen begannen 1990, der definitive Beitritt erfolgte am 1.1.1994 - sowie durch ein neues Gesetz über Auslandsinvestitionen (1993) markiert. In diesem sind ausländische Beteiligungen in Höhe von 100% in fast allen Bereichen zugelassen. Beschränkungen für Ausländer bestehen nur noch in einigen als strategisch wichtig erachteten Sektoren wie z. B. Erdöl, Elektrizität, Postdienste und Telekommunikation, Eisenbahnen, Fernsehen und Radio sowie bei den Fluggesellschaften. (Außer den beiden erstgenannten Sektoren sind alle weiteren aufgeführten Bereiche mittlerweile ebenfalls im »Angebotsortiment« des Notstandsprogramms des neuen Präsidenten Ernesto Zedillo; siehe dazu weiter unten). Außerdem ist hier vorgesehen, daß im Finanz- und Versicherungsbereich sukzessive Öffnungen - zumindest gegenüber anderen NAFTA-Mitgliedern - in den kommenden Jahren erfolgen sollen.

Nach dem Inkrafttreten des NAFTA-Abkommens zum 1. Januar 1994 wurden die US-Zölle auf etwa 80% aller mexikanischen Exporte abgeschafft bzw. stark reduziert. Für die restlichen 20% gilt eine Anpassungsfrist von bis zu 15 Jahren; hierzu zählen allerdings gerade die Branchen, in denen Mexiko besonders wettbewerbsfähig ist (Glaswaren, Orangensaft, Erdnüsse und andere landwirtschaftlichen Produkte). Im Gegenzug werden die mexikanischen Zölle auf kanadische und US-Exporte noch weiter reduziert und fast alle nicht-tarifären Handelshemmnisse sofort oder in einem angegebenen Zeitraum beseitigt. Es liegt auf der Hand, daß bei einem so weitgehenden und folgenreichen Integrationsprojekt die Meinungen darüber, welche Länder und soziale Klassen zu den Gewinnern und welche zu den Verlierern gehören werden, stark auseinandergehen (dazu genauer Lauth 1994).

Es ist häufig konstatiert worden, daß NAFTA für Mexiko eine wesentlich größere Bedeutung habe als für die USA und Kanada; nicht nur wegen der unterschiedlichen Dimensionierung und Intensitätsgrade der Handelsverflechtungen, sondern weil der Schritt in die NAFTA als entscheidender Hebel einer umfassenden ökonomischen und politischen Modernisierung begriffen wird. Zweifellos soll der Beitritt zur NAFTA die neoliberale Wirtschaftsstrategie institutionalisieren und damit als Garant gegenüber einem möglichen »nationalistisch-protektionistischen Rückfall« dienen. Ob die Integration Mexikos in die NAFTA das autoritäre politische Regime zementieren wird oder ob - wie viele Mainstream-Sozialwissenschaftler annehmen - eine notwendige Entsprechung von ökonomischer und politischer Liberalisierung eintreten müsse und damit Mexikos Beitritt zur NAFTA einen Vorgriff auf die weitere »politische Öffnung«, gestützt durch »externe Bündnispartner«, darstelle, muß unter Einbeziehung einer mittelfristigen zeitlichen Perspektive sowie der Betrachtung der Entwicklung sozialer und politischer Akteure in diesem Prozess vertieft diskutiert werden (Poitras/Robinson 1994). Möglicherweise trifft es auch zu, daß das Freihandelsabkommen für Mexiko nicht in erster Linie als Medium der Exportsteigerung in den Norden bedeutsam ist als vielmehr als Attraktions-element für mehr ausländische Investitionen, die sich wiederum an einem der größten Binnenmärkte der Welt orientieren (Lauth 1994, 19f.). Der Beitrag zur Produktivitätssteigerung, zur Einführung von technologischem know how, zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze, zur Steigerung der Qualität, der Kostensenkung etc. - kurzum zur Erhöhung der internationalen Konkurrenzfähigkeit des Landes und (davon anscheinend abhängig) zur Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen der Masse der Bevölkerung wird von den NAFTA-Befürwortern als zentral hervorgehoben. Freilich werden bei den Befürwortern - neben vielen anderen nicht geklärten

Aspekten - vor allem zwei Fragen nicht hinlänglich diskutiert: Zum einen ob die ausgehandelten unterschiedlichen Liberalisierungstempi und Ausnahmeregelungen zwischen den USA und Mexiko tatsächlich dem Stand der stark asymmetrischen Beziehungen entsprechen, d. h., ob die Fiktion der relativen Gleichheit der »Partner« nicht doch gegenüber der realistischen Anerkennung der fundamental ungleichen Ausgangsbedingungen und der Unmöglichkeit, diese in relativ kurzer Zeit zu homogenisieren, die Überhand gewonnen hat. Und zweitens, in welchem Maße die mexikanische Ökonomie und Gesellschaft nach der »Roßkur« der neoliberalen Reformen, der eingeschränkten Akkumulationsfähigkeiten infolge der langandauernden Schuldenkrise etc. überhaupt in der Lage ist, auf solche Stimuli von außen positiv zu reagieren, d. h. ob die Herausforderung nicht einer völligen Überforderung der Mehrheit der Unternehmen gleichkommt, wenn auch nicht auszuschließen ist, daß einige Branchen und einige Unternehmen auch Vorteile aus dem Freihandelsprojekt ziehen werden.

Der Agrarsektor, der traditionellerweise in vielfältiger Hinsicht staatlich kontrolliert war (Preise, Kredite, Vermarktung, Infrastruktur, agrarische Inputs aus staatlichen Unternehmen etc.) wurde bereits während der Regierungsperiode Miguel de la Madrids von der neoliberalen Deregulierung erfaßt. Außenöffnung, Preisliberalisierung, Umstrukturierung der Kreditsysteme in Richtung auf radikale Kürzung staatlicher Beiträge, Privatisierung staatlicher Unternehmen usw. sollten schon in dieser Phase statt die Hoffnung auf Fortschreiten der Agrarreform die Perspektive einer Agrarmodernisierung und -kapitalisierung begründen. Nach den Vorstellungen der Regierung von Salinas de Gortari sollten vor allem zwei Elemente die weitere Entwicklung der mexikanischen Landwirtschaft dynamisieren: zum einen der Beitritt zu NAFTA, zum anderen - im Zusammenhang damit - die Reform des Artikels 27 der mexikanischen Verfassung, wonach die Privatisierung von Ejido-Land möglich werden sollte. Die Ejidatarios, die bis dahin mit etwa 60 Millionen Hektar über ca. 29% des nationalen Territoriums verfügten (El Financiero vom 10.4.1993), ohne es verkaufen oder verpachten zu dürfen (wohl aber konnten sie es nutzen und vererben), sollen nun gemäß der Verfassungsänderung zu vollen Eigentümern ihrer jeweiligen Parzellen werden. Der nun ermöglichte legale Verkauf war freilich in vielen Formen auf illegale Weise bisher schon möglich und üblich, doch wurden durch die Gültigkeit des bisherigen Artikels 27 allzu krasse und offene Konzentrationsprozesse in der Landwirtschaft vermieden. Diese grundlegende Veränderung der mexikanischen Agrarverfassung habe vor allem den Zweck - so die offizielle Begründung -, die Sicherheit der Besitzer herbeizuführen und eine Kapitalisierung der Landwirtschaft zu ermöglichen. Im geringen Grad der Kapitalisierung bzw. der wachsenden Ent-

kapitalisierung der mexikanischen Landwirtschaft wird durchaus zu Recht eine Hauptursache für die Stagnation der Produktion und der Produktivkraftentwicklung gesehen. Von vielen Kritikern wird jedoch vor allem eine zunehmende Polarisierung der mexikanischen Landwirtschaft vorausgesehen, wobei die Kapitalisierung partikular und teilweise unter verstärktem Einfluß des internationalen Agrobusiness stattfinden wird, der größere Teil der landwirtschaftlich Beschäftigten aber freigesetzt oder das Heer der landwirtschaftlichen Lohn- und Saisonarbeiter weiter anschwellen lassen wird. Das neue Subventionssystem für Kleinbauern, genannt PROCAMPO (eingeführt im Oktober 1993), verspricht eine gerechtere Verteilung insofern, als Zuschüsse nicht mehr wie bisher an den Produktionsumfang bzw. die vermarktete Produktion, sondern an ihre jeweilige Hektarzahl gekoppelt sein soll; d. h. auch kleine und kleinste Subsistenzbauern können in den Genuß dieser Zuschüsse kommen (vgl. Quinto Informe de Gobierno von Salinas de Gortari, in: Comercio Exterior, Nov. 1993, S. 1083). Diese Neuerung wird in Mexiko als eine Art ländlicher Sozialhilfe begriffen, eine Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Masse der Kleinbauern kann sie keinesfalls bewirken. Bisher allerdings haben die rechtlichen und institutionellen Veränderungen im Agrarsektor Mexikos während der letzten Präsidentschaftsperiode wenige Auswirkungen auf die Produktions- und Produktivitätsentwicklung gehabt; auch die befürchtete bzw. erhoffte Welle von Landverkäufen bzw. Neuinvestitionen im Agrarbereich ist bislang weitgehend ausgeblieben (vgl. Hernández Navarro 1994, 57).

Neben der wirtschaftspolitischen Kontinuität zwischen den Regierungsperioden Miguel de la Madrids und Salinas de Gortaris ist die relative Diskontinuität im ideologischen Bereich und in der Art der Politikvermittlung auffällig. Der bei den Präsidentschaftswahlen vom Juli 1988 deutlich sichtbar gewordene Legitimationsverfall des PRI-Regimes sollte vor allem durch eine neue Konzeption des Staates und eine neue Sozialpolitik aufgehoben bzw. rückgängig gemacht werden. Das neue Staatsverständnis ist zwischen dem Konzept eines populistischen Interventionsstaates und dem weitgehend enthaltsamen neoliberalen Staat angesiedelt und soll einen solidarischen und eingreifenden Staatstypus (»Estado Promotor«) repräsentieren. Der »solidarische Staat« ist die Exekutive des »Sozialen Liberalismus«, welcher die neoliberalen Strukturreformen sozial abgefedert umzusetzen hat (Gabbert 1993, 63ff.).

Ursprünglich wurde das in diesem Sinne gleich nach dem Regierungsantritt von Salinas de Gortari ins Leben gerufene »Nationale Programm der Solidarität« (PRONASOL) als kurzfristiges Wahlkorrekturkonzept angesehen: überall dort, wo die PRI besonders starke Stimmenverluste hinzunehmen hatte, flossen die Unterstützungsgelder besonders reichhaltig. Doch rasch

war ein neuer Apparat mit relativ breitgespannten Aktivitäten entstanden; die an der Basis gebildeten »Solidaritätskomitees« erlangen schon bald große Bedeutung und sind vielfach wichtiger als die lokalen PRI-Stützen wie zum Beispiel Parteiorganisationen oder Bauernverbände. Im November 1993 soll es nach Angaben von Salinas bereits 150 000 solcher lokaler Komitees gegeben haben, die in 95% der 2378 Gemeinden Mexikos präsent waren; unabhängig von den Inhalten der einzelnen Projekte und der Qualität der Basispartizipation scheint es in der postrevolutionären Ära Mexikos kein anderes Regierungsprogramm gegeben zu haben »whose penetration of Mexican society had been so rapid and extensive.« (Cornelius/Craig/Fox 1994, 8). - Sachlich verteilen sich die Hilfsmaßnahmen vor allem auf drei Felder: Erstens auf die unmittelbare Verbesserung der Lebensbedingungen (Gesundheit, Wohnungsbau, Erziehung etc.), zweitens auf Infrastrukturprojekte und Produktionsbedingungen und drittens auf die regionale Förderung (Jiménez 1992, 8ff.). PRONASOL ist dem eigenen Selbstverständnis nach vor allem auf die Verbesserung der Lage der städtischen Unterschichten, der Kleinbauern und der indigenen Bevölkerung ausgerichtet. Neu ist die Kombination von zentraler Mittelzuweisung und dezentralen Basisaktivitäten, nicht selten an den traditionellen lokalen und regionalen Machtstrukturen (der Kaziken) vorbei und zweitens, daß Hilfe zur Selbsthilfe gegeben wird, d. h. ein Zuschuß gewährt wird, der an die Eigenarbeit der betroffenen Personengruppe (z. B. im Falle von Wohnungen, Straßen, Schulgebäuden etc.) gebunden ist.

Die materielle Ausstattung des PRONASOL-Programms ist nicht ganz klar, weil neben neuen Etatmitteln auch Ressourcen aus früheren Programmen (z. B. den »Volkslebensmittelläden« CONASUPO) oder aus den Etats der Bundesstaaten bzw. Kommunen dem PRONASOL-Etat zugeschlagen werden. Die Steigerungsraten der Ausgaben für PRONASOL sind mit ca. 36% jährlich sehr hoch. Von umgerechnet 680 Millionen Dollar (1989) stieg die Summe auf über 2,5 Mrd. Dollar (1993) an, wobei allerdings dieses hohe Wachstum (wie das für die Sozialausgaben insgesamt) vor dem Hintergrund des sehr niedrigen Ausgangsniveaus während der Regierung Miguel de la Madrids gesehen werden muß. Dennoch bleiben die Proportionen des PRONASOL-Programms insgesamt bescheiden: 1992 fließen nur etwa 1% des Bruttosozialprodukts in dieses Programm; der Anteil von PRONASOL an den gesamten öffentlichen Ausgaben beträgt knapp 6%, der Anteil an den gesamten Sozialausgaben in den öffentlichen Haushalten übersteigt nicht 12,5% (Lustig 1994, 89). Allerdings scheint die Relation zwischen laufenden und/oder konsumtiven Ausgaben einerseits und investiven Ausgaben andererseits bei PRONASOL wesentlich günstiger zu liegen als bei anderen Kategorien der Sozialausgaben

(Gabbert 1993, 66f.). Die zum Teil höhere Effizienz des Mitteleinsatzes bei PRONASOL-Projekten wird auch von kritischen Autoren diagnostiziert (Gordon 1993). Dennoch werden keineswegs immer die Ärmsten durch PRONASOL erfaßt. Die durch das Programm geschaffenen Beschäftigungseffekte von jährlich etwa 42 000 Stellen verweisen - angesichts der notwendigen Schaffung von 900 000 Arbeitsplätzen jährlich, um den Ist-Zustand bloß zu erhalten - auf die Geringfügigkeit des Programms (Lustig 1994, 79ff.).

Gemessen am ursprünglichen Ziel, neue Legitimation zu schaffen und der Opposition (vor allem der linke Stimmen repräsentierenden »Partei der Demokratischen Revolution, PRD) die Basis abspenstig zu machen, muß PRONASOL als Erfolg gewertet werden: Die Wahlen von 1991 (Parlamentswahlen, Wahl der Hälfte des Senats, Kommunalwahlen) brachten eindeutige Erfolge der PRI und herbe Rückschläge für die PRD (Dresser 1992, 52ff.). Alles in allem kann PRONASOL als eine neue Spielart von Korporativismus, besser: von »Klientelismus« bezeichnet werden, welcher neue Formen, Mittel und soziale Träger besitzt. Nicht mehr die »formelle Arbeiterklasse«, Kleinbauern und Ejidatarios, sondern Angehörige des informellen Sektors, die ländlichen Lohn- und Saisonarbeiter sowie untere Mittelschichten sind die wesentlichen Adressaten des neuen Programms. Diese Segmente der Bevölkerung haben in den letzten 10 - 15 Jahren ihr quantitatives, elektorales und politisches Gewicht bedeutend erhöht und bedürfen infolgedessen der besonderen Aufmerksamkeit der neoliberalen Regierung, sofern sie die ökonomische Modernisierung und Strukturanpassung fortsetzen wollte, ohne die politische Kontrolle zu verlieren. Denn gerade diese Segmente der Bevölkerung waren die direkten Opfer der neoliberalen Strukturanpassungspolitik und der mit ihr verbundenen sozialen Polarisierung. Technokraten und Sozialreformer haben sich in Mexiko gemeinsam dieser Aufgabe gewidmet; viele ehemalige linke Intellektuelle und Politiker haben sich unter der Ägide des PRONASOL-Projekts dem Präsidenten Salinas zur Verfügung gestellt (Moguel 1994, 167ff.). Häufig standen die Aktionen der Technokraten und der Sozialreformer in einem gewissen Gegensatz zu den traditionellen PRI-Politikern auf nationaler oder regionaler Ebene. Manche Spekulationen gingen sogar so weit, anzunehmen, daß PRONASOL - bei einer möglichen Spaltung der PRI - als neue soziale Basis für die salinistische Fraktion bzw. die Fraktion der »Reformer« der PRI dienen könnte.

PRONASOL ist in vieler Hinsicht mit neoliberalen Politikvorstellungen vereinbar, denn es entspricht den Postulaten der »Deregulierung« und »Flexibilisierung«; Widersprüche zu Marktmechanismen tauchen nicht auf (Gabbert 1993, 72f.). In den konjunkturell schlechteren Jahren (1993/94)

scheint sich der Budgetanteil von PRONASOL wieder zurückgebildet zu haben; auch der verhältnismäßig direkte Einsatz der Mittel hat offenbar der Praxis des »Versickerns« wieder Platz gemacht (Laurell 1994).

Es kann nicht überraschen, daß ein derart tiefgreifender Umbruch im Politikverständnis, in der wirtschaftspolitischen Strategie und im Verhältnis von Staat und Gesellschaft nicht auf die erwähnten Politik- und Wirtschaftsbereiche beschränkt bleiben kann. In der Tat wären noch eine Reihe anderer gesellschaftlicher und politischer Dimensionen zu analysieren, die keineswegs unwichtiger als die eben erwähnten Bereiche sind: z. B. die Deregulierungstendenzen in den Arbeitsverhältnissen, die Reformen im Bildungssektor, die Wandlungen in der Medienwelt und im Kulturbereich, nicht zuletzt auch die Wende in der Außenpolitik Mexikos und vieles andere mehr. Aus Platzgründen können diese weiteren Aspekte im Gesamtpanorama des neoliberalen Umbruchs nicht analysiert werden.

4. Grundzüge der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung

Überblickt man die wirtschaftliche Entwicklung Mexikos während der letzten 12 Jahre, so muß jedem unbefangenen Beobachter sofort auffallen, daß die Bilanz neoliberaler Strukturanpassungspolitik keineswegs durchweg positiv ausfällt und schon gar nicht von einem großen Durchbruch in die »Erste Welt« - so wie es die Propaganda der Regierung Salinas de Gortaris verkündete und viele internationale Beobachter offenbar auch glaubten - gesprochen werden kann. Der spürbaren Senkung der Inflationsrate von über 100% in den 80er Jahren auf zuletzt (1994) ca. 7%, der Haushaltssanierung und dem erheblichen Zustrom ausländischen Kapitals (überwiegend als kurzfristiges Geldkapital und Aktienbeteiligungen) stand ein - aufs Ganze gesehen - schwaches Wachstum gegenüber. Während der Präsidentschaftsperiode Miguel de la Madrids (1982 - 1988) wurde, wie erwähnt, insgesamt ein »Nullwachstum« verzeichnet, dagegen kam es unter Salinas de Gortari zunächst zu einem gewissen Aufschwung in den Jahren 1990/91 mit Wachstumsraten des Bruttoinlandprodukts (BIP) zwischen 3 und 4%. Danach bewegte sich das Land abermals - mit Wachstumsraten zwischen 2,8 und 0,4% (1992/93) - auf eine Rezession zu; für das Jahr 1994 wird die Wachstumsrate auf etwa 2% geschätzt. Dies bedeutete, daß das Pro-Kopf-Einkommen, das Reallohniveau und das Beschäftigungsvolumen, nachdem es sich gegenüber den Tiefständen der 80er Jahre nur wenig erholt hatte, wieder abzusinken begannen. Bei vielen makroökonomischen Indikatoren (wie z. B. Reallohniveau, Arbeitslosigkeit, Investitionsquote etc.) wurden die Werte von 1981 selbst in den besten Jahren der Regierung von Salinas de Gortari nicht wieder erreicht. Gleichzeitig mit

einer beginnenden Rezession leistete sich die mexikanische Ökonomie ein hohes und wachsendes Handelsbilanzdefizit von ca. 20 Mrd. Dollar in den letzten drei Jahren und eine Überbewertung der nationalen Währung, die der Inflationseindämmung und der Prestigewahrung dienen und zugleich als Stabilitätsbeweis beim NAFTA-Beitritt gelten sollte. Jedem nüchternen Betrachter mußte indessen klar sein, daß diese Konstellation sich nicht sehr lange durchhalten ließ und Mexikos Stabilität und Zahlungsbilanzausgleich letztlich auf den höchst unsicheren, »volatilen« Geldkapitalzuflüssen von außen beruhte. Diese waren vor allem durch anziehende Aktienkurse und das sehr hohe interne Zinsniveau angelockt worden, das seinerseits für die Investitionschancen mittlerer und kleinerer Kapitale und damit für die Stimulierung der Binnenökonomie eine fühlbare Schranke bildete. Schon im Herbst 1993 konnte die äußerst labile Entwicklung der mexikanischen Ökonomie diagnostiziert und die Krise prognostiziert werden (Boris 1993). Wenn hier auch auf eine erschöpfende Analyse der Ursachen des um die Jahreswende 1994/95 eingetretenen Wirtschaftsdebakels verzichtet werden muß, so können doch einige Hinweise gegeben werden, die erklären, daß das große Handelsbilanzdefizit und die Überbewertung des Peso, die die neuerliche Krise um die Jahreswende auslösten, keineswegs zufällig waren (oder sich bloß technischen Fehlern der Wirtschaftspolitik verdankten), sondern wesentlich Ausdruck der Widersprüche und Schwächen der peripher-kapitalistischen Wirtschaft Mexikos gewesen sind. - Die Akkumulationsrate lag in Mexiko in den 80er Jahren deutlich unter den historischen Dimensionen von ca. 25% in der Periode von 1940 - 1970, teilweise auch unter denen der 70er Jahre; hohe staatliche Schuldendienstzahlungen, zeitweise rigide Importrestriktionen, ein hohes Zinsniveau sowie die Dauerdepression der Binnenökonomie führten zu einer Investitionsquote von ca. 16% während des Sexeniums von Miguel de la Madrid und zu einem leichten Anstieg der Investitionsquote auf ca. 18 - 19% in der Regierungsperiode von Salinas de Gortari. Dieser relativ niedrige Wert, der zudem nur für die ersten drei Jahre der Regierungszeit von Salinas de Gortari gilt, wird noch niedriger, wenn die hohen Abschreibungsanteile in Rechnung gestellt werden. Der mexikanische Ökonom Arroyo berechnete die Nettokapitalbildungsquote von 1988 - 1991 auf durchschnittlich 8% (Arroyo 1993, 24). Angesichts des hohen Anteils von spekulativen Investitionen (z. B. im Immobilienwesen), bloßen Unternehmensübernahmen und einem großen Teil dieser Investitionen, die in die Bauwirtschaft flossen, wird deutlich, daß eine breite, technologisch bedingte Produktivitätssteigerung in Mexiko während der letzten 12 Jahre nicht stattgefunden haben kann:

»Trotz einer deutlich über den historischen Niveaus stehenden 'externen Sparrate' investiert die mexikanische Wirtschaft gegenwärtig einen geringeren Anteil der Gesamtproduktion als je

zuvor in den beiden Jahrzehnten vor 1980. Im Ergebnis wächst die produktive Kapazität weit langsamer als in der Vergangenheit. Die Wirtschaft ist - insgesamt gesehen - schwächer und nicht stärker aus den Jahren der Krise und der Anpassung herausgekommen... Die globale Arbeitsproduktivität wuchs in den 80er Jahren um 1,4% jährlich, deutlich unter dem historischen Trend (von 3,5% jährlich). Dies gilt sowohl für die Jahre vor wie nach der Außenhandelsreform von 1985.« (Ros 1994, 94, 97).

Zunehmende Überalterung des Produktionsapparats (infolge geringer und sinkender Investitionsraten) und wachsende Anteile der Bruttoinvestition, die als Ersatz für Abschreibungen gelten müssen, haben zu einer sinkenden »Investitionseffizienz«, d. h. einer wachsenden »Capital-output-ratio« geführt. (Ros 1994, 77). Reallohnabsenkung, massive Arbeitskraftfreisetzungen und Konzentration auf einige Branchen bzw. Unternehmensgruppen (z. B. in der Glas-, Zement- und Brauereiindustrie) begründeten vielmehr die vielzitierte Exportdiversifizierung und die industriellen Exporterfolge des sog. »neoliberalen Wunders«, welches aber nicht auf einem breitenwirksamen und homogenen Produktivitätsanstieg der gesamten Ökonomie beruhte. Dementsprechend ist die inter-industrielle Verflechtung rückläufig gewesen, was - zusammen mit der mangelnden Konkurrenzfähigkeit gegenüber US-Produkten - vor allem zum chronischen Handelsbilanzdefizit seit 1990 geführt hat. Der Anstieg des Handelsbilanzdefizits ist also zum einen auf die Schwäche und teilweise Eliminierung der mexikanischen Industrieunternehmen und zum anderen auf das überproportionale Wachstum von Konsumgüterimporten zurückzuführen: Es ist also nicht - wie die Regierung stets behauptet hatte - ein Indikator für eine massenhafte Ausstattung der mexikanischen Wirtschaft mit modernen Investitions- und Ausrüstungsgütern; diese machten nur gut ein Fünftel des Gesamtimports seit Beginn der Regierungszeit von Salinas de Gortari aus (Arroyo 1993, 89). Zu der Schwäche des Industriesektors tritt der noch wesentlich unproduktivere Agrarbereich hinzu.

Mit dem Hereinbrechen der Verschuldungskrise seit August 1982 und dem Beginn der Austeritäts- und Stabilitätspolitik Miguel de la Madrids schien der Agrarsektor wieder eine nachgeordnete Bedeutung zu bekommen. Zwar wurde der Landwirtschaftssektor auch in den neoliberalen Diskurs einbezogen, doch war es weniger ein positives Projekt, welches in diesem Bereich auffiel, als vielmehr eine stärkere staatliche Vernachlässigung dieses Sektors. Während der Landwirtschaftssektor insgesamt in der Dekade von 1980 bis 1990 stagnierte, und damit seinen Anteil am Bruttoinlandsprodukt weiter verringerte (von 1980: 9% auf 1990: 7%, vgl. Nohlen/Lauth 1992, 175), sind die Produktionswerte der 10 wichtigsten Agrarkulturen von fast 28 Millionen Tonnen (1981) auf etwas weniger als 22 Millionen Tonnen (1989) zurückgegangen. Auffällig ist, daß die Produktivitätsrückgänge bei Mais und Bohnen (also den Hauptnahrungsmitteln in

Mexiko) am stärksten ausfielen. So reduzierte sich bei Mais der Ertrag von 1,9 auf 1,65 Tonnen pro Hektar während desselben Zeitraums; im Falle der Bohnen sank der Ertrag von 670 auf 450 Kilo je Hektar ab (Knochenhauer 1990, 830f.).

Die in der Dekade der 80er Jahre zu beobachtenden Tendenzen sind bereits seit Mitte der 60er Jahre spürbar geworden, jedoch dieses Mal besonders stark ausgeprägt und staatlicherseits vielfach verstärkt worden:

- der Verlust der Fähigkeit Mexikos, sich in wesentlichen Bereichen selbst ernähren zu können,
- die immer negativer werdende »Agrarbilanz« mit dem Ausland,
- die wachsende Differenzierung sozialer und ökonomischer Einheiten im Agrarsektor, d. h. zwischen den kommerziell orientierten mittleren und großen Einheiten der Landwirtschaft auf der einen Seite und der Klein- und Kleinstlandwirtschaft, die überwiegend subsistenzorientiert ist, auf der anderen Seite,
- die Verfolgung des Prinzips (zumindest bis 1993), nur marktfähige, Agrareinheiten zusätzlich zu »belohnen« und andere nicht-leistungsfähige Einheiten zu marginalisieren.

Diese Tendenzen sind durch staatliche, dem neoliberalen Projekt verpflichtete Maßnahmen noch unterstrichen worden. So fielen zum Beispiel die öffentlichen Investitionen im Agrarsektor (in bezug auf das BIP) zwischen 1982 und 1986 um mehr als die Hälfte, was man noch dem allgemeinen Austeritäts- und Sparkurs zuschreiben könnte; allerdings reduzierten sich im gleichen Zeitraum die entsprechenden öffentlichen Investitionen im Agrarsektor auch als Anteile an den Gesamtinvestitionen der öffentlichen Hand, so daß von hier aus unschwer erkennbar ist, wie die Vernachlässigung des Agrarsektors überproportional zu Buche geschlagen hat; dabei muß noch zusätzlich berücksichtigt werden, daß die verringerten Investitionen und Kredite seitens der öffentlichen Hand nun noch gezielter auf die wenigen, und wettbewerbsfähigen Agrareinheiten konzentriert wurden.

Die Agrarpolitik und Entwicklung der Landwirtschaft unter Salinas de Gortari hat diese Tendenzen nicht grundsätzlich verändert, sondern lediglich in einigen Aspekten modifiziert, in anderen fortgesetzt und vertieft. Als Modifikationen und leichte Verbesserungen können genannt werden:

- Die Ausweitung der öffentlichen Ausgaben und Investitionen im Agrarsektor,
- die Ausdehnung der Anbauflächen (um 16% gegenüber der durchschnittlichen Anbaufläche des vergangenen Sexeniums),
- die enorme Steigerung der Mais- und Bohnenproduktion (1993: 18 Mill.Tonnen, respektive 1,1 Mill.Tonnen, Quinto Informe de Gobierno, in: Comercio Exterior v. Nov. 1993, S. 1084).

Allerdings ist dies um den Preis der Vernachlässigung bzw. völligen Liberalisierung anderer agrarischer Basisprodukte erfolgt, was dazu führte, daß die Produktion von Weizen, Reis, Sorgho, Baumwolle etc. stark zurückging (Financial Times v. 10. Nov. 1993). Die generelle Produktionsschwäche des Agrarsektors drückt sich in folgenden Grundindikatoren aus: Zwischen 1981 und 1992 hat die Ernte der 8 wichtigsten agrarischen Basisprodukte die Grenze von 27 Mill. Tonnen nicht überschritten. Dies bedeutet, daß die globale agrarische Produktion pro Kopf der Bevölkerung in diesem Zeitraum um 19% abgenommen hat; dies gilt sogar für die Maisproduktion, obwohl gerade hier besondere Anstrengungen unternommen wurden. Das Bruttosozialprodukt im ländlichen Bereich verminderte sich in diesem Zeitraum pro Einwohner um 18,54%; im Sexenium von Salinas de Gortari betrug diese Abnahme »bloß« 4,06%. D. h. die Verbesserung der Situation unter Salinas de Gortari bedeutet - bei Lichte besehen - eine Verlangsamung der Abnahme der agrarwirtschaftlich relevanten Indikatoren.

Entsprechend negativ hat sich auch die »Agrarbilanz« mit dem Ausland bis in die jüngste Zeit entwickelt: Betrug das Defizit noch Mitte der 80er Jahre 1,4 Mrd. Dollar, so war dieses Agrarbilanzdefizit im Jahre 1990 bereits auf 4,75 Mrd. Dollar angestiegen, um bis 1992 noch einmal auf über 5 Mrd. Dollar hochzuschwellen. D. h., daß das Defizit der »Agrarbilanz« von 1990 bis 1994 sich um 113% erhöht hat, nachdem es in dem Zwischenzeitraum von 1986 - 1990 zu einer zeitweisen Verringerung oder sogar Beseitigung dieses sektorspezifischen Defizits gekommen war (PROCESO, No. 906 v. 14.3.1994, S. 37).

Perspektivisch wird das NAFTA-Abkommen sehr große Auswirkungen für die mexikanische Landwirtschaft haben. Es ist bekannt, daß die quantitativen und qualitativen Unterschiede der agrarischen Ressourcenausstattung zwischen den USA und Mexiko stark ausgeprägt sind; auch die öffentlichen Subventionen des Agrarsektors sind in den USA und Kanada ungleich höher als in Mexiko. Man muß weder Agrarspezialist noch Ökonom sein, um nachvollziehen zu können, daß die einseitige Handelsöffnung auch für Agrarprodukte seitens Mexikos (das allgemeine Zollniveau für agrarische Importe belief sich im Jahre 1990 auf bloß 3,5%) eine weitgehend zerstörerische Wirkung auf die mexikanische Landwirtschaft haben wird. Vorläufig sind noch einige Basisprodukte (Mais, Bohnen, Weizen, Milch u.a.) durch nicht-tarifäre Barrieren etwas geschützt. Wird eine völlige Liberalisierung auch hier eintreten - und dies bei den gegenwärtigen Produktivitätsdifferenzen -, so wird dies das ökonomisch-soziale Ende von mehr als 3,5 Millionen Campesino-Familien (ca. 15 Millionen Menschen) bedeuten (Calva 1992, 13, 20); dazu sind die Sekundärwirkungen auf die gesamte Ökonomie sowie der Umstand des völligen Verlusts der Nah-

rungsmittelversorgung aus einheimischen Quellen in Rechnung zu stellen. Zwar ist eine Übergangsfrist von 15 Jahren für diese Basisprodukte im NAFTA-Vertrag vereinbart worden, aber wenn sich das interne Preisniveau dem internationalen angenähert hat, kann die völlige Importliberalisierung schon zu diesem Zeitpunkt eintreten.

Die Auffassung, daß durch dieses Abkommen und die Verfassungsänderung (Artikel 27) die mexikanische Landwirtschaft einen Anstoß zur Modernisierung und Produktivitätssteigerung erhalten könnte, scheint angesichts der großen Unterschiede in den Ausgangsbedingungen und den absehbaren (zum großen Teil eher entgegengesetzten) Wirkungen nur schwer nachvollziehbar zu sein. Eine größere Abhängigkeit von Bezugs- wie Absatzmärkten außerhalb Mexikos und eine stärkere Polarisierung der Produktivitätsgrade und Lebensverhältnisse in den unterschiedlichen Bereichen der Landwirtschaft scheint eine unmittelbare Konsequenz aus der neoliberalen Wirtschaftspolitik in der Landwirtschaft zu sein (Baños Ramirez 1993, 5ff.). Die soziale Unruhe auf dem Lande hat besonders in den letzten Jahren stark zugenommen: die Erhebung in Chiapas war nur der sichtbarste und deutlichste Teil dieser Tendenz; in vielen anderen Landes-teilen hat sich unter der Agrarbevölkerung ein ähnlich großes Protestpotential aufgestaut (vgl. *El Cotidiano*, No. 61, März/April 1994, S. 82ff.).

Die weitgehende Austrocknung des Binnenmarktes während der neoliberalen Ära spiegelt sich auch in wesentlichen - ökonomisch wirksam werden- den - sozialen Indikatoren wider. Der Anstieg der Armutsquote auf über 41% (1987) gegenüber 32% (1981), die Aufblähung des informellen Sektors, der Fall der Lohnquote, des Reallohns und des Pro-Kopf-Einkommens faßt sich in einer stark regressiven Tendenz der ohnehin schon sehr ungleichen Einkommensverteilung zusammen. Besonders stark wirkte die Umverteilung von »unten« nach »oben« (d. h. von 9/10 der Bevölkerung auf das erste Zehntel) unter Miguel de la Madrid, unter Salinas de Gortari hat sich diese Tendenz - entgegen aller offizieller Propaganda - nicht umgekehrt, sondern lediglich abgeschwächt (vgl. *El Financiero*, México, v. 13.12.1993). Nimmt man zu alledem die - während der neoliberalen Periode zumindest teilweise noch verstärkte - Rückständigkeit im Bildungs- und Gesundheitswesen hinzu, so wird mittlerweile vielen Kommentatoren deutlich, daß ein derartiges »Modell« z. B. auch nach den Kriterien der Arbeiten von Michael Porter zur internationalen Konkurrenzfähigkeit von Nationen als hoffnungslos abgeschlagen, eben unterentwickelt-abhängig einzustufen ist und sicherlich eher früher als später der Zeitpunkt kommen mußte, an dem das Land und seine Regenten aus den Träumen, schon in die »Erste Welt« aufgestiegen zu sein, aufgeweckt würden. Dies ist kurz vor Weihnachten 1994 tatsächlich eingetreten.

5. Selbstblockaden und Antinomien der neoliberalen Strukturanpassungspolitik in Mexiko

Ohne auf den »Ausbruch«, die Eskalation, die internen Wirkungen und die reaktiven Notprogramme der Regierung Zedillo im einzelnen einzugehen (vgl. hierzu Boris 1995a, b), kann resümierend festgehalten werden, daß die neuerliche tiefe Krise Mexikos als vorläufiger Schlußpunkt einer fast 12 Jahre währenden - überwiegend erfolglosen - neoliberalen Politik zu interpretieren ist; dieser schwere Rückschlag resultierte im wesentlichen aus dem Zusammenwirken von vier Elementen, die sich als eine besonders explosive Mischung erwiesen haben:

- a) Eine schon längerwährende Hinnahme der Überbewertung des Pesos,
- b) ein u. a. auch hieraus resultierendes gewaltiges Handelsbilanzdefizit (von 8% des BIP),
- c) der Versuch, dieses Defizit durch die Anziehung kurzfristigen Geldkapitals zu kompensieren (hoher Zinsfuß, hoch rentable Staatsschuldscheine etc.) und
- d) der Anstieg der äußeren Verschuldung über kurzfristig fällig werdende und in Dollar rückzahlbare Staatspapiere.

In einem hochverschuldeten Land wie Mexiko mit einer abhängigen, heterogenen und stark oligopolisierten Wirtschaftsstruktur gibt es einem neoliberalen Strukturanpassungsprogramm innewohnende Blockaden, die mittel- oder längerfristig eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung eher unwahrscheinlich machen. Diese typischen Antinomien, die auch für ähnlich gelagerte Fälle mehr oder minder stark gelten (siehe z.B. Argentinien oder Brasilien), sind in folgenden Punkten zu sehen:

- a) Ein hoher und anhaltender Schuldendienst an das Ausland (z.B. in der Höhe von 3-5% des BIP) verhindert den Haushaltsausgleich und heizt - ebenso wie der interne Schuldendienst - die Inflation beständig an. Dies galt vor allem während der Präsidentschaftsperiode von Miguel de la Madrid und schwächte sich erst im Gefolge des Brady-Planes etwas ab, da durch ihn die laufenden Schuldendienstzahlungen verringert wurden.
- b) Ein tendenziell fixierter Wechselkurs - zwecks Inflationseindämmung - führt zu einer mehr oder weniger starken Überbewertung der nationalen Währung (d. h. zur Verringerung der Exportchancen und zur Begünstigung der Importe) und daher zu einer chronisch negativen Leistungsbilanz, und zwar umso mehr, je niedriger die Handelsbarrieren sind. Genau dies war im Vorfeld der NAFTA-Integration und vor allem nach Inkrafttreten des NAFTA-Vertrags der Fall. (Die Tendenz zur Überbewertung der nationalen Währung ergibt sich vor allem dann, wenn das interne Inflationstempo größer ist als das des wichtigsten Handelspartners, im Falle Mexikos der USA.)

c) Die Passivierung der Handelsbilanz in immer größeren Ausmaßen (zuletzt im Jahre 1994 ca. 28 Mrd. Dollar, was einem Anteil von 8% am BIP entspricht) kann nur durch Kreditaufnahmen und andere Kapitalzuflüsse (Direktinvestitionen, Geldkapitalanlagen, Aktienerwerb usw.) kompensiert werden; diese Kapitalzuflüsse orientieren sich nicht selten am hohen Zinsfuß und an spekulativen Anlagemöglichkeiten im sog. Gastland. Sollte dieser Zinsfuß dort fallen oder woanders steigen, so besteht die große Gefahr des Rückstroms dieser hoch »volatilen« Geldkapitale - d. h. das gesamte Projekt wäre von dieser Seite ernsthaft bedroht.

d) Zwecks Inflationseindämmung ist die Übernachfrage (so die herrschende Inflationserklärung) zu beschränken; aber die Lohnrestriktionen, die Haushaltskürzungen und der hohe Zinsfuß bedingen einmal eine schwache Binnenmarktexpansion und führen zweitens zu geringen Realinvestitionen, wobei beide Tendenzen sich in der Regel wechselseitig verstärken.

Es ist zu bezweifeln, daß diese Antinomien (besonders die drei letztgenannten) an einem Punkt überwunden oder durchbrochen werden können, ohne an einem anderen neue, modellbedrohende Widersprüche zu produzieren. Unter marktradikalen Bedingungen und bei unangetasteter Macht-, Einkommens- und Vermögensverteilung müssen schon vorhandene soziale und ökonomische Polarisierungen sich noch weiter zuspitzen. Auch wenn noch soviel von »sozialem Liberalismus« oder der Notwendigkeit einer »sozialen Komponente« die Rede ist, bei uneingeschränkter Herrschaft des Marktes findet automatisch keine Homogenisierung, Umverteilung und binnenmarktwirksame Entwicklung statt.

Wird der Inflationseindämmung über das Wechselkursmanagement bei gleichzeitiger weitgehender Außenöffnung höchste Priorität eingeräumt, müssen die genannten Verzerrungen entstehen. Das heißt, daß damit gleichzeitig die Alternative einer internen Homogenisierung und Verstärkung der produktiven Investitionen, nicht zuletzt begünstigt durch eine Senkung des Zinsfußes praktisch ausgeschlossen wird. Eine derartige Entwicklung wird höchstens als sekundäre oder tertiäre Auswirkung der Inflationsbekämpfungs- und Außenöffnungsstrategie erwartet. Die zeitweisen Erfolge des neoliberalen Modells hängen in immer stärkerem Maße von äußeren Bedingungen ab: Von externen Absatzmärkten, vom Einstromen von Geldkapital, von ausländischen Direktinvestitionen, vom ausländischen Interesse an der internen Börsenentwicklung etc., wobei all dies durch den massenhaften Verkauf »interessanter« öffentlicher Unternehmen, einen hohen Zinsfuß, die Perspektive auf die NAFTA-Integration mit der Möglichkeit der Errichtung eines »Standbeins« im größten Binnenmarkt der Welt usw. bis zu einem gewissen Grade attraktiv gestaltet werden kann. Doch kann dies, wie die Erfahrung lehrt, sehr schnell wie ein

Kartenhaus zusammenbrechen, wenn diese günstigen Bedingungen infolge eines internen Kollapses der Ökonomie und des kollektiven Schwindens des »Vertrauens« der Geldkapitalanleger nicht mehr - oder für längere Zeit nicht mehr - wiederhergestellt werden können. Der mexikanische Ökonom Arturo Huerta hat diese Zusammenhänge erkannt und zutreffend formuliert:

»Um den Rückgang der Inflation mit einem nachhaltigen Wachstum der Ökonomie vereinbar zu machen, muß sich dieser Prozess vor allem in einer breiten Erhöhung der Produktivität und der Produktion festmachen, wobei interne multiplikative Effekte freigesetzt werden, die ihrerseits das interne Spar- und Investitionsniveau erhöhen helfen und damit eine vertrauenswürdige Steuerung des externen Sektors ermöglichen. Nur auf diese Weise können dauerhafte Bedingungen der Stabilität des Geldes und der Währung geschaffen werden, welche die Bereitstellung von finanziellen Ressourcen unter günstigen Bedingungen garantieren, da diese langfristig unerlässlich für einen dauerhaften Wachstumsprozess der Ökonomie sind. In Mexiko existieren aber keine solche internen (endogenen) Elemente der Produktivität und der Wettbewerbsfähigkeit, die eine niedrige Inflationsrate, eine Sanierung der Haushalte und ein Wachstum der Ökonomie möglich machen könnten. Der Rückgang der Inflation und der Haushaltsausgleich wurden auf Kosten eines beständigen Verkaufs von öffentlichem Eigentum und Aktiva, auf Kosten eines wachsenden externen Verschuldungsprozesses des öffentlichen und privaten Sektors sowie durch Gewährung größerer Konzessionen an das Auslandskapital zwecks Finanzierung des externen Defizits erreicht. Damit wurde aber nicht nur die Souveränität des Landes berührt, sondern man vernachlässigte gleichzeitig die produktive Sphäre, wodurch wiederum der latente Druck auf den Wechselkurs, den Zinsfuß und infolgedessen natürlich auch auf die Preise und die öffentlichen Finanzen aufrechterhalten blieb und damit deutlich gemacht wurde, daß die erreichten 'Erfolge' lediglich temporärer Natur waren und die Unfähigkeit, die Dynamik der Wirtschaft wieder aufzunehmen, bestehen blieb.« (Huerta 1995, 4).

Alles in allem dürfte der ohnehin schwache Glaube der Mexikaner an die neoliberale Wirtschaftsstrategie und die Glaubwürdigkeit des herrschenden politischen Regimes schwer erschüttert worden sein. Eine Reaktivierung der Wirtschaft ist lange nicht in Sicht, wieder werden Opfer, Verzicht und Austerität verlangt. Mexiko hat neue gewaltige Kredite aufgenommen, vor allem um die ausländischen Gläubiger und Geldanleger zu befriedigen, um die US-Exportinteressen nicht allzu scharf zu beschneiden und nicht zuletzt, um die politische Stabilität des Regimes, die mehr als je zuvor gefährdet ist, etwas abzustützen. Ob der Preis, den die mexikanische Regierung dafür zu entrichten hat (wöchentliche Berichte über die wirtschaftliche Lage an die US-Behörden und entsprechendes Wohlverhalten der mexikanischen Regierung, Verschärfung der Austeritätsprogramme, Verpfändung der Erdöleinnahmen, die Perspektive, weiteres öffentliches Eigentum und nationale Ressourcen für ausländische Interessenten zugänglich, d. h. verkäuflich zu machen usw.) nicht schon bald die - bisher recht hohe - Toleranzschwelle der mexikanischen Bevölkerung übersteigt, wird die nahe Zukunft zeigen.

Die weitere kurz- wie mittelfristige Entwicklung ist besonders schwer abschätzbar, da eine Reihe von relevanten Variablen im Spiel sind, deren

Tragweite, Brisanz oder Flexibilität wohl niemand mit einiger Sicherheit beurteilen kann. Noch am deutlichsten scheint sich der ökonomische Krisenverlauf abzuzeichnen, der tiefer und länger ausfallen wird, als die Regierung gegenwärtig verharmlosend verspricht; schon jetzt mußten mehrere Prognosen (z.B. bezüglich des BIP-Minuswachstums, der Inflationsrate etc.) zum negativen hin korrigiert werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das Wiedereintreten einer gewissen ökonomischen Dynamik über den Außenwirtschaftsbereich (Exportexpansion, Direktinvestitionen etc.) - mit all den Hypotheken und Schwächen, die die aktuelle Krise gerade gezeigt hat - erfolgen.

Die größten Unsicherheiten liegen im politischen und sozialen Bereich. Vielleicht die wichtigste Frage ist, ob die PRI, die mittlerweile zur dienstältesten »Staatspartei« der Welt »aufgestiegen« ist, sich noch einmal stabilisieren und reformieren kann. Angesichts der zahlreichen tiefen Risse, die besonders in den letzten Monaten offenkundig wurden, kann dies mit einigem Recht bezweifelt werden: Die einander entgegengesetzten politischen Fraktionen der PRI, die weit mehr als bloß »Reformer« und »Dinosaurier« umfassen, scheinen zumindest teilweise auch mit den unterschiedlichen Drogenkartellen und Familienc clans verfilzt zu sein; die innere Zerklüftung und Unübersichtlichkeit wird noch durch die in den letzten Monaten sich abzeichnende Konfliktlinie zwischen der Parteizentrale und den regionalen PRI-Größen (in Tabasco, Chiapas, Jalisco etc.) potenziert. Falls die PRI in zugespitzten, internen Kämpfen zerbrechen sollte, ist dieses politische Vakuum derzeit schwer mit klaren Alternativen (in programmatischer, organisatorischer Hinsicht, aber auch bezüglich der sozialen Basis) auszufüllen. Von der Gefahr der »Kolumbianisierung« oder der »Libanonisierung« des Landes ist immer häufiger die Rede.

Die andere große Frage ist, wieweit die Geduld und Fügsamkeit der Masse der mexikanischen Bevölkerung, die die harte Austeritätsperiode von mehr als 10 Jahren über sich ergehen ließ, reicht. Die hohe Frustrationsstufe kann gerade in Momenten des schlagartigen Gewährwerdens, daß auch in mittelfristiger Perspektive keine Aussichten auf Verbesserung der sozioökonomischen Lage bestehen, leichter überschritten werden. Völlig unklar ist, ob der weiter glimmende Chiapas-Konflikt eine katalysierende Rolle spielen kann oder, ob es der Regierung gelingt, ihn als Regionalproblem »kleinzuarbeiten«. Fest steht jedenfalls, daß Präsident Zedillo - nicht zuletzt infolge seines gescheiterten Vorstoßes gegen die Zapatisten im Februar 1995 - eingesehen hat, daß sich mit »harter Hand« das überall reißende »gesellschaftliche Gewebe« und die institutionellen Sicherungen (erheblicher Anstieg der Kriminalitätsrate, zunehmende Weigerung, die Schulden zu zahlen, Häufung von Bodenbesetzungen, Verbreitung zivilen

Ungehorsams etc.) wohl kaum reparieren oder stabilisieren lassen. Alle Szenarien zwischen den Extremen eines »business as usual« unter erschwerten Bedingungen (vielleicht unter dem Dach einer All-Parteien-Koalition) bis hin zu einem chaotischen Zerfall oder gar einer - bisher immer ausgeschlossenen - Intervention des Militärs werden gegenwärtig in Mexiko als mehr oder minder möglich diskutiert.

Literatur

- Arroyo, A. (1993): *Balance Económico 1989-1992*, México, D.F.
- Baños Ramírez, O. (1993): Algunas implicaciones sociales del nuevo agrarismo de Salinas de Gortari, in: *Revue canadienne des études latino-américaines et caraïbes*, vol. 18, No. 35, S. 1-17.
- Boris, D. (1990): *Arbeiterbewegung in Lateinamerika*, Marburg.
- Boris, D. (1993): 5 Jahrzehnte erfolgloser Stabilisierungspolitik. Der Internationale Währungsfonds in Lateinamerika, in: *Weltwirtschaft und Entwicklung*, Sonderdienst 8 - 9/1993, S. 3ff.
- Boris, D. (1995a): Von der Euphorie zum Katzenjammer. Finanzkrise in Mexiko, in: *Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung* Nr. 2, vom 6. Febr. 1995, S. 1-3.
- Boris, D. (1995b): Der Absturz des Musterschülers - Mexiko 1994/95, in: *Sozialismus*, H.2, (Febr. 1995), S. 8-12.
- Calva, J.L. (1992): *La agricultura mexicana frente al tratado trilateral de libre comercio*, México, D.F.
- Cornelius, W.A. u.a. (1994): Mexico's National Solidarity Program: An Overview, in: Cornelius, W.A. u.a. (Hg.): *Transforming State-Society Relations in Mexico. The National Solidarity Strategy*, San Diego, S. 3-26.
- Couffignal, G. (1994): Mexique: le cheminement convulsif vers le pluralisme politique, in: *Problèmes d'Amérique latine*, No. 15 (Oct./-Dec. 1994), S. 3-21.
- Danell Sánchez, J. (1995): Después de 20 Años de Crisis, más Sacrificio, in: *EPOCA. Semanario de México* (13. März 1995), S. 9ff.
- Dresser, D. (1992): Pronasol: los dilemas de la gobernabilidad, in: *El Cotidiano*, No. 49, 8. Jg., (julio-agosto), S. 49-57.
- El Cotidiano*, No. 61, (marzo-abril 1994) (Schwerpunkt: El Campo Mexicano).
- Elizondo, C. (1994): In Search of Revenue: Tax Reform in Mexico under the Administrations of Echeverría and Salinas, in: *Journal of Latin American Studies*, Vol. 26, S. 159-190.
- Frambes-Buxeda, A. (1994): La integración subordinada en América Latina, in: *Nueva Sociedad*, No. 133 (Septiembre - Octubre 1994), S. 152 - 163.
- Fürst, E. (1992): *Krise, Schuldenmanagement und Stabilisierung in Mexiko und Costa Rica*, Hamburg.
- Gabbert, W. (1993): Vom »Wohlfahrtsstaat« á la Mexicana zum Sozialen Liberalismus, in: *Lateinamerika. Analysen und Berichte*, Bd. 17, Bad Honnef, S. 61-75.
- Gordon, S. (1993): La Política Social y el Programa Nacional de Solidaridad, in: *Revista Mexicana de Sociología*, Vol. 55, No. 2, S. 351-366.
- Hernández, L. (1994): Reforma o contrareforma campesina?: Notas sobre el impacto de las reformas al 27 Constitucional, in: *El Cotidiano*, No. 61 (marzo-abril), S. 52-57
- Huerta, A. (1995): La inviabilidad de la política de ajuste para encarar la crisis, in: *Momento económico*, No. 77 (enero-febrero 1995), S. 4-9.
- Jiménez, M. (1992): Programa Nacional de Solidaridad: una nueva política, in: *El Cotidiano*, No. 49, 8. Jg. (julio-agosto), S. 8-13.
- Knochenhauer, G. (1990): La Modernización del Agro en México, in: *Comercio Exterior*, Vol. 90, No. 9 (Septiembre 1990), S. 830-837.
- Laurell, A. C. (1994): Pronasol o la pobreza de los programas contra la pobreza, in: *Nueva*

- Sociedad*, No. 131 (mayo-junio 1994), S. 156-170.
- Lauth, H.J. (1994): Das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA - Ausdruck einer neuen Phase der Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd, in: *Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation*, Beiheft Nr. 14, Hamburg, S. 3-27.
- Lustig, N. (1994): Solidarity as a Strategy of Poverty Alleviation, in: Cornelius, W.A. u.a. (Hg.): *Transforming State-Society Relations in Mexico*, San Diego, S. 79-96.
- Moguel, J. (1994): The Mexican Left and the social Program of Salinismo, in: Cornelius, W.A. u.a. (Hg.): *Transforming State-Society Relations in Mexico*, San Diego, S. 167-176.
- Nohlen, D./H.J. Lauth (1992): Mexiko, in: Nohlen, D./F. Nuscheler (Hg.): *Handbuch der Dritten Welt*, Bonn, 3. Aufl., 3. Bd., S. 169-202.
- Ortiz Wadgymar, A. (1994): *Política Económica de México 1982-1994. Dos Sexenios Neoliberales*, México, D.F.
- Poitras, G./R. Robinson (1994): The Politics of NAFTA in Mexico, in: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, Vol. 36, No. 1 (Spring), S. 1-35.
- Quiros Perez, M./L. Gutierrez Herrera (1992): *Otras razones en el ejercicio del poder en México*, México, D.F.
- Ros, J. (1994): Mexico in the 1990s: A New Economic Miracle? Some Notes on the Economic and Policy Legacy of the 1980s, in: Cook, M.L. u.a. (Hg.): *The Politics of Economic Restructuring. State-Society Relations and Regimes Change in Mexico*, San Diego, S. 67-103.
- Sangmeister, H. (1992): Die mexikanische Verschuldung, in: Briesemeister, D./K. Zimmermann (Hg.): *Mexiko heute*, Frankfurt/M., S. 185-198.
- Schettino, M. (1995): *El Costo del Miedo. La Devaluación de 1994*, México, D.F.

PERIPHERIE

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT
Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt

PERIPHERIE versteht sich als Forum der Diskussion über Unterentwicklung, die Beziehungen zwischen den Industrieländern und der »Dritten Welt« sowie über die Solidarität mit Emanzipationsbewegungen. Unser Interesse richtet sich insbesondere auf:

- Problembereiche, die in der »Dritten Welt« wie auch in den Industrieländern Anstöße zu sozialen Bewegungen gegeben haben (Ökologie, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, Frauen-diskriminierung)
- die Neuformierung von Weltwirtschaft und Weltpolitik nach dem Ende der Blockkonfrontation
- Umweltkrisen als globale und lokale Herausforderung
- regionale Differenzierung und soziale Polarisierung innerhalb der Peripherie
- Demokratisierungsprozesse und Menschenrechte
- Geschlechterverhältnisse
- Kulturelle Bewegungen und Prozesse

Als zentrale Aufgabe wissenschaftlicher Diskussion in den Industrieländern sehen wir es an, einen Beitrag zur Orientierung politischer Praxis zu leisten sowie die Diskussion mit Autorinnen und Autoren aus der »Dritten Welt« zu fördern.

Bezug:

LN-Vertrieb
Gneisenaustraße 2
10961 Berlin

Vierteljahrszeitschrift (112 S.)

Einzelheft DM 13,- / Doppelheft DM 25,-
Abo Einzelperson DM 45,- / Abo Institutionen DM 80,-
Überseeabo (Luftpost) DM 65,- (DM 100,-)